



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

21. Sitzung vom 8. Dezember 2014

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00–21.50 Uhr

Leitung: Rahel Bänziger

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: J. Blaser, R. Ewald, A. Huber, E. Rietmann

Präsidentin:


Rahel Bänziger

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen der Präsidentin:

Rahel Bänziger begrüsst die anwesenden Einwohnerrät/innen, Gemeinderät/innen, Vertreter/innen der Verwaltung, der Presse und die zahlreich erschienenen Binninger/innen.

Es haben sich J. Blaser, A. Huber, R. Ewald und E. Rietmann entschuldigt.

Die Traktandenliste muss bereinigt werden, da das Geschäft Nr. 6, Mietzinsreglement: Anpassung der Einkommenshöchstgrenze, vom Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgezogen wurde.

Die Präsidentin gibt bekannt, dass die Grüne/EVP alle Anwesenden nach der Sitzung zu einem Apéro einlädt. Sie hofft, dass dann alle noch Energie und Lust haben, um anzustossen. Weiter gibt sie der Hoffnung Ausdruck, dass mit diesem Apéro eine neue Tradition ins Leben gerufen wird, indem sich auch in Zukunft die Partei, die das Präsidium stellt, für den Dezember-Apéro verantwortlich zeichnet.

Vorstösse: Zur Interpellation Nr. 140 wird keine Stellung genommen.

Text der eingereichten Dringlichen Motion:

„Im Rahmen der HÜP-Massnahmen wurden in der Einwohnerratssitzung vom 25.8.2014 (Gesch. Nr. 112) mit dem Gutheissen der Massnahme GR 12 ein Kostendach von CHF 60 000 für das Wahlbüro beschlossen. Um dieses Kostendach einzuhalten wird der Stundenlohn von CHF 50 auf CHF 30 gesenkt, das Rückporto bei brieflicher Abstimmung, Ausflug Wahlbüro, die Verpflegung sowie der Urnendienst am Samstag von 14:00 Uhr bis 16:00 Uhr gestrichen.

Mit dieser Dringlichen Motion soll der Stundenlohn von CHF 50 sowie das Budget für die Verpflegung beibehalten werden.“

Die Präsidentin macht dem Motionär beliebt, die Dringliche Motion in einen Budget-Antrag umzuwandeln und diesen bei der Behandlung des Budgets beim entsprechenden Posten zu stellen. Der Motionär erklärt sich damit einverstanden.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 3.11.2014	
2. a) Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	138
b) Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016	139
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.11.2014: Juristische Bereinigung (Teilrevision) Personalreglement und Personalverordnung per 1. Januar 2015 Geschäftskreisführung: Mike Keller	133
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.11.2014: Fondsreglemente, 2. Lesung Geschäftskreisführung: Barbara Jost	131
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.9.2014 / Bericht der GRPK vom 19.11.2014: Budget 2015, Leistungsaufträge 2015, Finanzplan 2016–2019 Geschäftskreisführung: Mike Keller	130
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.11.2014: Mietzinsreglement: Anpassung der Einkommenshöchstgrenze Geschäftskreisführung: Barbara Jost	137
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.11.2014: Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 240 000 für den Neubau zweier Regenauslassbauwerke in der Tiefengrabenstrasse Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos	136
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 18.11.2014: Motion Ch. Anliker, SVP: Aufnahme von neuem Anhang in das Budget und die Rechnung der Gemeinde Binningen: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung - Geschäftskreisführung: Mike Keller	129
9. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 3.11.2014

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 138

a) Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

Markus Ziegler: Die FDP schlägt als ordentliches Mitglied das bisher stellvertretende Mitglied Christoph Maier vor und der Redner stellt sich als Ersatzmitglied zur Verfügung.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Christoph Maier, FDP, in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

b) Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Markus Ziegler, FDP, als Ersatzmitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Nr. 133

Juristische Bereinigung (Teilrevision) Personalreglement und Personalverordnung per 1. Januar 2015

EINTRETEN

Zum Eintreten gibt es keine Wortmeldungen.

DETAILBERATUNG

Carolle von Ins, parteilos: Die SP-Fraktion begrüsst die Teilrevision des Personalreglements infolge der Pensionskassenreform. Sie hat allerdings festgestellt, dass die Anträge weit über eine juristische Bereinigung gehen. Was als juristische Bereinigung deklariert wird, sind ein paar grundsätzliche inhaltliche Änderungen. Die SP ist der Meinung, dass diese Änderungen im Rahmen der Totalrevision des Personalreglements gründlich diskutiert werden müssen. Das Gemeindepersonal soll explizit eingebunden werden.

Stefan Kaiser, FDP: Die Partei unterstützt die Anpassungen, die der Gemeinderat vornehmen möchte. Sie stösst sich allerdings an der Zeitachse. Seit Mai 2014 weiss man, dass etwas getan werden muss und es wurden Reglementanpassungen versprochen. Nun soll es bis 2016 dauern, bis sich der Rat mit dieser Materie befassen kann. Es ist klar, dass es aufgrund des Pensionskassenreglements kleine Bereinigungen braucht, um Widersprüche zu eliminieren. Diesen stimmt die FDP zu. Die materiellen Änderungen und Korrekturen am Reglement hofft man im 2016 im Parlament, bzw. der entsprechenden Kommission, angehen zu können.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Mit dieser Teilrevision werden formale Fehler korrigiert und die nötigen Anpassungen im Zusammenhang mit der Pensionskasse vorgenommen. Inhaltlich wird das Reglement gemäss Vorlage mit der vorliegenden Teilrevision nicht verändert. Die geplante Totalrevision wird dann en détail beraten. Die Fraktion kann nachvollziehen, dass die widersprüchlichen Regelungen im Personalreglement zu Rechtsunsicherheit führen und möglichst rasch beseitigt werden sollen. Ob sich mit der Teilrevision auch inhaltlich etwas ändert, ist auch eine Frage der Optik. Die Grüne/EVP hat sich gefragt, was sich für die Mitarbeitenden materiell ändert. In zwei wesentlichen Punkten gibt es Veränderungen: Die Sperrfrist wird von zwölf auf drei, bzw. sechs Monate reduziert. Ausserdem ist der Anspruch auf Lohnfortzahlung von 730 Tagen, für die der Arbeitgeber bis jetzt garantiert, nicht mehr im Reglement festgeschrieben. Mit der Entkopplung der Frage der Lohnfortzahlung steht es künftig der Gemeinde also frei, diese Leistung neu auszuhandeln, beziehungsweise zu kürzen. Deshalb ist es der Partei wichtig, gegenüber dem Einwohnerrat und auch gegenüber dem Personal, Klartext zu sprechen. Die beiden angesprochenen Punkte können im Rahmen der Totalrevision nochmals geprüft werden. Heute kann die Grüne/EVP den Anpassungen zustimmen, weil die Reduktion auf drei, bzw. sechs Monate Sperrfrist den üblichen Regelungen auf Gemeindeebene entspricht und der Gemeinderat die 730 Tage Lohnfortzahlung nicht kürzen möchte.

Der Terminplan zur Totalrevision ist ungenügend. Die geplante Vorlage muss viel früher in den Einwohnerrat kommen. Mit der vorgeschlagenen Lösung einer Vorbesprechung im Büro hat man schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht. Die Fraktion fordert den GR auf, den Terminplan entsprechend anzupassen.

Susanna Keller, SVP: Es geht jetzt um die dringende Korrektur von juristischen Unsicherheiten und formalen Fehlern, und nicht um andere Änderungen. Die Erklärungen des Gemeindepräsidenten und des Verwaltungsleiters anlässlich der Bürositzung haben den Sinn der Vorlage bestätigt. Die SVP-Fraktion stimmt den Vorschlägen zu, wird jedoch bei der Totalrevision ihre Änderungsanträge stellen.

§ 10 Ordentliche Kündigung

Carolle von Ins, parteilos: Wie erwähnt geht § 10 für die SP weit über eine juristische Bereinigung hinaus. Die Verkürzung der Sperrfrist von zwölf Monaten auf 90 Tage im ersten Anstellungsjahr und 180 Tagen ab dem 2. Anstellungsjahr müssen im Rahmen der Totalrevision gründlich überprüft werden. Die SP lehnt die Änderungen ab.

Gemeindepräsident Mike Keller: Der Gemeinderat und die Verwaltung haben die Änderungen des Artikels 10 sowohl mit der Personalkommission wie auch mit dem VPOD besprochen. Von beiden Seiten erhielt man das Okay und das Verständnis. Die Anpassungen decken sich mit den Regelungen des Kan-

tonspersonals. Die Rechtsunsicherheit offen zu lassen kann die Gemeinde viel Geld kosten, was man in der Vergangenheit bereits erfahren musste.

SP: Simone Abt wurde zugetragen, dass das Okay seitens des Personals kein 100-prozentiges war. Sie findet es vernünftiger, wenn die Anpassung mit der Revision gemacht wird. Ihrer Ansicht nach ist es nicht so eilig und es wäre viel schlimmer, wenn jetzt ein Fehler passieren würde. Die SP stellt den Antrag, § 10 so zu belassen, wie er ist.

ABSTIMMUNG Änderungsantrag SP: Beibehaltung § 10 in der Version Januar 2012
Abgelehnt mit 25 Nein zu 9 Ja und 1 Enthaltung

§ 42 Lohnfortzahlung infolge Arbeitsunfähigkeit

Carolle von Ins, parteilos: Auch hier werden grundlegende inhaltliche Änderungen vorgeschlagen und diese sollen zusammen mit dem Gemeindepersonal diskutiert werden.

ABSTIMMUNG Änderungsantrag SP: Beibehaltung § 10 in der Version Januar 2012
Abgelehnt mit 25 Nein zu 10 Ja und 1 Enthaltung

§ 58 Berufliche Vorsorge

Carolle von Ins, parteilos: Die SP möchte, dass die Pensionskasse namentlich im Personalreglement erwähnt wird. Sie bedauert, dass bei der BLKB die Versicherung von kleinsten Pensen nicht mehr möglich ist und möchte, dass die betroffenen Mitarbeitenden über die Möglichkeit, sich über die Auffangeinrichtung BVG versichern zu lassen, gründlich informiert werden.

ABSTIMMUNG Änderungsantrag SP: § 58, 1. Absatz beibehalten
Abgelehnt mit 26 Nein- zu 10 Ja-Stimmen

ABSTIMMUNG Antrag FDP: Auf eine 2. Lesung wird verzichtet
Ja: 26 / Nein: 8 / Enthaltungen: 2

SCHLUSSABSTIMMUNG Anträge GR

1. Ja: 26 / Nein: 10
2. Kenntnisnahme
3. Grossmehrheitlich

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt den beantragten Änderungen des Personalreglements zu.
2. Der Einwohnerrat nimmt die geplanten Änderungen der Personalverordnung zur Kenntnis.
3. Der Einwohnerrat beschliesst die Inkraftsetzung des teilrevidierten Personalreglements per 1. Januar 2015.
4. Auf eine 2. Lesung wird verzichtet.
-

Fondsreglemente, 2. Lesung

EINTRETEN

Philippe Spitz, SP, dankt für die Protokollauszüge zum Kulturfonds. Er hat nirgends festgestellt, dass es bereits einen Beschluss zur Auflösung des Kulturfonds gibt. Seine Anträge hat er dem Büro schriftlich vorgelegt. Seiner Meinung nach stände es der Gemeinde gut an, den Fonds aufrechtzuerhalten, was juristisch auch möglich ist. Er darf einzig nicht aus Steuergeldern oder einem Überschuss bezahlt werden. Philippe Spitz bittet darum, über seinen Antrag abzustimmen.

Präsidentin Rahel Bänziger wiederholt, dass der Voranschlag 2014 den GR-Antrag zur Auflösung des Kulturfonds beinhaltet. Der Einwohnerrat genehmigte den Voranschlag und somit die Auflösung. Weil eine Abstimmung über den Antrag von Ph. Spitz einem Rückkommen gleichkäme, was so nicht erlaubt ist, will die Präsidentin auch heute nicht darüber abstimmen lassen. Sie schlägt dem Antragsteller vor, eine Motion zu formulieren mit dem Auftrag, einen solchen Fonds inkl. Reglement neu zu schaffen.

SP: Philippe Spitz ist nach wie vor anderer Meinung, hält jedoch dem Frieden zuliebe den Antrag nicht aufrecht. Die SP wird sich das weitere Vorgehen überlegen.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Einstimmig

Antrag 2: Kenntnisnahme

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Den Reglementen «Fonds Monnier-Pfister», «Fonds Karoline Eckert» und «Binninger Fonds» wird zugestimmt.
2. Die Auflösung des Kulturfonds mit einem Saldo von CHF 29 273.15 zu Gunsten des Eigenkapitals wird zur Kenntnis genommen.
-

Traktandum 5

Nr. 130

Budget 2015, Leistungsaufträge 2015, Finanzplan 2016–2019

EINTRETEN

Susanne Tribolet, SP: Die GRPK bedankt sich beim Gemeinderat für die Erstellung des Berichts und der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen. Besonderer Dank geht an Frau Haldimann, der Leiterin Finanzen und Steuern, die den Bericht neu gestaltet hat. Es ist dies der erste vollständige Bericht nach HRM2. Er wurde schlanker und übersichtlicher und wurde mit nützlichen Anhängen versehen. Weiterer Dank geht an Sandra Sprecher für die Protokollierung und die Koordination.

Auf Seite 3 des GRPK-Berichts ist eine Korrektur nötig: Im obersten Abschnitt werden diverse Selbstfinanzierungsgrade genannt. Bei den Zahlen unter 100 fehlen die Minuszeichen. In der Vorlage des GR ist es korrekt.

Die Aufgaben und somit die Ausgaben der Gemeinden wuchsen in den letzten Jahren (KESB, Finanzausgleich, Pflegefinanzierung etc.). Viele dieser Aufgaben werden durch den Bund oder den Kanton vorgeschrieben. Die im Sommer erarbeiteten Sparmassnahmen flossen teilweise ins Budget ein. Das vorliegende Budget weist eine schwarze Null auf; es zeigt einen Bilanzüberschuss von ca. einer halben Million Franken. Der Gemeinderat blickt in die Zukunft und ist überzeugt davon, dass dieses Jahr eine moderate Erhöhung des Steuersatzes auf 49 % unumgänglich ist. Die Liquidität der Gemeinde wäre ohne Steuererhöhung gefährdet. Eine knappe Mehrheit der GRPK (8 von 15) teilen die Ansicht des Gemeinderats. Via diverse Subkos wurden Detailfragen geklärt und die Kommission hat sich während drei Sitzungen intensiv mit den Antworten beschäftigt. Es wurden keine Kürzungsanträge gestellt, doch werden bei drei Leistungsaufträgen Anpassungen gewünscht.

Die heutige Herausforderung besteht im Erreichen einer Zweidrittelsmehrheit für eine Steuererhöhung und Artikel 41 schreibt vor, dass bei Nicht-Einhalten des Selbstfinanzierungsgrads auch das Gesamtbudget mit einem qualifizierten Mehr angenommen werden muss. Letzten Dezember wurde das Budget nicht genehmigt. Auch damals ging es um eine Steuererhöhung, die aus Sicht der Rednerin leider nicht erfolgte. Sie hofft, dass die Rückweisung sich nicht wiederholt und der Rat seine Verantwortung wahrnimmt, vorwärts schaut und nicht die Verwaltung lahmlegt und Ressourcen bindet. Die heutigen Zahlen sprechen leider Klartext.

EINTRETEN

Christoph Maier, FDP, schliesst sich dem Dank der GRPK-Vizepräsidentin an. Das neue Budget wurde nicht nur schlanker und übersichtlicher, sondern es wurde auch die Transparenz verbessert. Auf viel weniger Papier sind viel mehr Informationen enthalten. Leider ist der Inhalt des Budgets nicht so erfreulich wie sein Erscheinungsbild. Trotz steigender Einnahmen ist die Gemeinde mit einem überproportionalen Wachstum der Ausgaben konfrontiert. Die Haushaltüberprüfung resultierte hauptsächlich in Einsparungen bei den ungebundenen Ausgaben. Es konnte bei ca. 80 Prozent der Ausgaben keine massgebliche Reduktion realisiert werden. Bereits im Sommer forderte die FDP, dass bei den gebundenen Ausgaben, beim Gemeindepersonal und den Leistungsaufträgen eine weitere Prüfung und Reduktion von 5 % gemacht werden soll. Der Einwohnerrat erteilte dem GR diesen Auftrag. Dieser hat ihn angenommen und wird dem ER bekannt geben, wie sich die Sparziele auf die Leistungen der Gemeinde auswirken werden. Dies wird jedoch erst kurz vor Ostern vorgelegt, was bedeutet, dass der Rat das Resultat dieser weiteren, notwendigen Sparmassnahme erst im nächsten Jahr kennen wird.

Ein Teil der bereits beschlossenen Einsparungen wurde durch unvorhergesehene Ausgaben (insbesondere durch den Finanzausgleich), wieder aufgeessen. Der Gemeinderat hat darauf hingewiesen, dass der Einwohnerrat im vorliegenden Budget nicht einfach querbeet 5 Prozent kürzen kann, somit ist der ER auf das Feedback im nächsten Frühjahr angewiesen.

Die FDP-Fraktion wird das Budget in der vorgelegten Form verabschieden. Sie ist sich bewusst, dass ein Fehlbetrag entsteht, der abgedeckt werden muss und dass dieser ohne Steuererhöhung durch das Eigenkapital gedeckt werden müsste. Das würde die Liquidität der Gemeinde in Schwierigkeiten bringen. Die FDP stellt den Antrag auf eine Erhöhung des Steuersatzes um zwei Prozentpunkte.

Anand Jagtap: Der Grünen/EVP stellen sich zwei Fragen: Einerseits eine inhaltliche, andererseits eine grundsätzliche. Es ist die Frage nach der Verantwortung des Einwohnerrats als Gremium.

Zum Inhalt: Bei einer Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten sieht das Budget einen Überschuss von rund einer halben Million Franken vor. Wer das Budget und den Finanzplan genau studiert merkt, dass das nicht so toll ist, wie es aussieht. Der ausgewiesene Finanzbedarf im Finanzplan ist so hoch, dass man nicht weiss, wie der Gemeinderat das aus eigenen Mitteln finanzieren soll. Die Steuererhöhung, über

die heute diskutiert wird, ist unter dieser langfristigen Betrachtung nur ein kleiner Klacks. Die Grüne/EVP rät dem GR darum dringend, den Finanzplan zu überarbeiten und ihn auf realistische Füsse zu stellen.

Der Selbstfinanzierungsgrad fällt ins Bodenlose. Einmal mehr wird die Neuverschuldungsbremse verletzt (Artikel 41 der Gemeindeordnung). Aufgrund der Zahlen zeichnet sich bereits ab, dass diese Bremse nicht weiter gehalten werden kann ohne die Steuern massiv zu erhöhen. Das zeigt, dass die Gemeinde stark an finanzpolitischem Spielraum eingebüsst hat. Man muss sich also unter Druck von der Philosophie trennen, die letztendlich eine Entscheidung des Volkes war. Der Spielraum wurde unter anderem auch deshalb eingebüsst, weil man es nicht fertig brachte, schon früher einer Steuererhöhung zuzustimmen.

Damit kommt der Redner zur zweiten Frage, der Grundsatzfrage zum Selbstverständnis und letztlich zur Existenzberechtigung des Einwohnerrats. Heute geht es darum, die Verantwortung wahrzunehmen. Es braucht heute eine doppelte 2/3-Mehrheit, was eine grosse Hürde darstellt. Es ist wichtig, dass das Budget mit einer Steuererhöhung zustande kommt. Wenn es abgelehnt wird und der Kanton als Folge davon wirksam wird, stellt sich der Einwohnerrat als Gremium und damit sich selbst in Frage. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Anträge der GRPK. Auf der Ausgabenseite wurden mit KAP und HÜP zwei Schritte unternommen, um das strukturelle Defizit zu mindern. Ein weiterer Schritt ist vom Gemeinderat angekündigt. Damit ist es vertretbar, den Steuerfuss anzuheben. Sonst wird die Gemeinde schon bald mit ernsthaften Liquiditätsproblemen zu kämpfen haben. Auf diese Schlagzeilen können alle verzichten. Die Fraktion hofft auf einen Kompromiss am heutigen Abend und auf eine Korrektur im Finanzplan für die kommenden Jahre.

Lucas Metzger, CVP/GLP, dankt für den guten Budgetbericht und weist darauf hin, dass auch die GRPK gut gearbeitet hat. Die Fraktion unterstützt einen Kompromiss mit einem Antrag auf Anhebung des Steuersatzes auf 48 % in der Hoffnung, dass dieser Kompromiss verhindert, dass sich der Einwohnerrat blossstellt und man wieder kein Budget hat. Alle anderen Anträge der GRPK und der Verwaltung werden von der CVP/GLP unterstützt.

Gaida Löhr, SP: Im vorliegenden Budget hat der Gemeinderat die vor einem Jahr von einer bürgerlichen Mehrheit geforderten Massnahmen zu 100 Prozent erfüllt. Damals hiess es, dass drei Prozent mehr Steuern nur dann bejaht werden, wenn eine schwarze Null geschrieben wird. Gaida Löhr dankt dem Gemeinderat, der Verwaltung und Frau Haldimann für die grossartige Arbeit.

Es ist unbestritten, dass die Finanzlage schlecht ist. In den letzten zwei Jahren wurden acht Millionen des Eigenkapitals ausgegeben, also zwei Drittel. Das wird im GRPK-Bericht und im heutigen Votum der FDP ausschliesslich mit der Ausgabenseite begründet. Für die SP sprechen die im GRPK-Bericht aufgeführten Zahlen eine ganz andere Sprache. Im Baselland und in Binningen gilt die Regel, dass die Steuereinnahmen pro Jahr ca. zwei bis drei Prozent zunehmen, also etwa eine Million. Die Tabelle auf Seite 2 zeigt, dass sich Binningens Einnahmen auch tatsächlich so verhalten – mit zwei Ausnahmen: Im 2011 gab es ein Steuergeschenk (= etwa 4 Mio. zu viel), danach kam der Absturz mit 9 Millionen Mindereinnahmen. Wird das Steuergeschenk abgezogen, sind es immer noch ca. 7 Mio. weniger. Das war leider nachhaltig. Seither nehmen die Steuern wieder wie geplant zu, doch deutlich tiefer. Das bedeutet, wenn die Entwicklung linear weiter gegangen wäre, hätte man in den letzten Jahren jeweils rund 5 Millionen mehr eingenommen. Das ist eine Realität, die auch durch Ausblenden der davor liegenden Jahre nicht wegdiskutiert werden kann.

Vor eineinhalb Jahren sagte Markus Ziegler im Einwohnerrat (Zitat Protokoll): *„Es gibt auch deutliche Mindereinnahmen von rund 7 Millionen Schweizer Franken. Diese Rechnung ist für die FDP-Fraktion (Rg. 2012) der Beweis, dass es von wenigen guten Steuerzahlern abhängt, ob die Rechnung unter dem Strich ein negatives oder ein positives Resultat ergibt.“*

Inzwischen spricht man nur noch von Ausgaben. Die Einnahmen fehlen. Auch der Vergleich der Ausgaben im GRPK-Bericht zeigt der SP ein leicht anderes Bild. In den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 2013, 2014 wurde mehr ausgegeben als für 2015 budgetiert ist. Im Jahr 2003 wurden 70 Millionen ausgegeben, also etwa gleich viel wie jetzt. So wahnsinnig viel haben die Ausgaben also nicht zugenommen.

Ausgaben zu vergleichen ist immer heikel, weil auch Abschreibungen dabei sind, doch zeigen die erwähnten Zahlen, dass das Ganze nicht so locker gesehen werden kann, wie dies jetzt gemacht wird. Auch die SP macht sich Sorgen um die Ausgaben, um die Kosten, die teilweise der Kanton überwälzt, die aber zum Teil auch hausgemacht sind. Dass sie nicht noch mehr gestiegen sind, hat auch mit den diversen Sparmassnahmen der letzten Jahre zu tun.

Die Präsidentin macht Gaida Löhr darauf aufmerksam, dass die fünf Minuten Redezeit der Eintretensdebatte bereits überschritten sind und bittet sie, sich kurz zu halten und die Anträge in der Detailberatung zu begründen.

Gaida Löhr weist darauf hin, dass die Minderheitsanträge von der GRPK sehr schwach behandelt wurden und will sich das Recht herausnehmen, noch weitere zwei Minuten zu sprechen.

Damit ist *Rahel Bänziger* nicht einverstanden und sie erinnert an ihren Vorsatz, effiziente Sitzungen durchzuführen und ihre Bitte an die Ratsmitglieder, sich an die Redezeit zu halten.

Gaida Löhr zitiert nochmals Markus Ziegler, der damals dem Gemeinderat für seinen Weitblick gedankt hat, dass er mit den KAP-Massnahmen gegen den massiven Widerstand der Linken bereits Einsparungen realisiert hat. Damit kommt Gaida Löhr auf den Punkt: Seit zwei Jahren wird gespart und die SP ist der Meinung, dass es nun genug ist. Die Ausgaben sollen ohne weitere Überprüfungen im Auge behalten werden. Die SP ist ganz klar für einen Steuerfuss von 49 Prozent.

Urs Weber: Auch die *SVP-Fraktion* ist für einen Kompromiss von 48 Prozent zu haben. Dies allerdings zähneknirschend. Wie alle wissen, gibt es Kostentreiber. Doch es kann nicht sein, dass die Gemeinde Geld aufnehmen und dafür Zinsen zahlen muss, um liquid zu sein. Deswegen stimmt die Fraktion dem Kompromiss von 48 Prozent in der Hoffnung zu, dass die Verwaltung damit die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt. Die SVP erwartet, dass der Gemeinderat sein Versprechen, die Sparmassnahmen im Mai 2015 zu präsentieren, einhält.

Das Versprechen, dass die SVP einer nötigen Steuererhöhung zustimmt, wird somit eingelöst. Urs Weber gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass dies im Gegenzug der SP helfen wird, einer künftigen Steuer senkung zuzustimmen, sollte es der Gemeinde dereinst wieder viel besser gehen.

Roger Moll, Parteilose: Den jetzt von der FDP gestellten Antrag für eine Steuererhöhung um 2 Prozentpunkte hatten die Parteilosen bereits vor einem Jahr gestellt, weil sie damals schon gesehen hatten, dass das sinnvoll wäre und eine Menge Arbeit und Zeit sparen würde. Es erstaunt Roger Moll, dass dieser Kompromissvorschlag jetzt von den bürgerlichen Parteien kommt.

Wenn man die Statistik des Kantons analysiert stellt man fest, dass Binningen mit einem gesteigerten Steuerbetrag von 2006 bis 2013 von 7,4 Prozent rechnen konnte. Zur gleichen Zeit stieg der Sachaufwand auf 15 %, der Personalaufwand um 12 %. Spürt der Binninger Bürger etwas von den 12 Prozent mehr Verwaltungsausgaben? Wahrscheinlich liegt die Krux nicht bei den Einnahmen, sondern bei den Ausgaben. Ein weiteres Indiz ist die Fluktuation bei den Angestellten, denn Neueinstellungen sind in der Regel kostenintensiv. Auch hier stellt sich die Frage, warum das so ist und warum die Anzahl gestiegen ist.

Grundsätzlich waren die Parteilosen bei der 1. Budgetsitzung im 2013 für eine 2-prozentige Erhöhung der Steuern. An der Sitzung vom 27.1.2014 plädierte Stephan Glaser dafür, sich zu überlegen, ob die 2,6 Millionen Erlös aus dem WBA-Verkauf nicht ins Finanzvermögen übertragen werden sollten. Darüber ist im GRPK-Bericht nichts zu lesen. Die Parteilosen stellen den Antrag, dass der Erlös aus dem Verkauf der WBA ins Finanzvermögen umzulegen ist. Mit diesem Beschluss könnte man bis Ostern wieder neue Sparvorschläge ausarbeiten, die voraussichtlich momentan keine Steuererhöhung notwendig machen würden. Sollte dieser Antrag keine Mehrheit finden, sind die Parteilosen gegen eine Steuererhöhung.

Präsidentin Rahel Bänziger zu diesem Antrag: Im Einwohnerrat wurde ein Reglement für den Energiefonds verabschiedet. Das Geld ist somit gebunden. Es ist sogar HRM2-konform angelegt und es ist festgelegt, wie das Geld ausgegeben werden darf. Deshalb kann über den Antrag der Parteilosen nicht abgestimmt werden. Es wäre wie der Antrag von Philippe Spitz ein Rückkommen.

Markus Ziegler, FDP: Es darf festgestellt werden, dass sich die SP und die FDP darin einig sind, dass die Finanzen aus dem Lot sind. Trotz Gaida Löhrs statistischer Abhandlung bleibt am Schluss die Tatsache, dass die Ausgabenseite um 15,3 % und die Einnahmenseite um 7,4 % gewachsen ist. Laut G.L. geht „man“ davon aus, dass die Steuern jedes Jahr um 2–3 Prozent wachsen. Die Steuern müssen erkämpft werden. Es sind Einnahmen von Leuten, die sich in der Privatwirtschaft abstrampeln. Das wächst nicht einfach, es ist kein Naturgesetz. Mit den Rahmenbedingungen, die der Einwohnerrat setzt, kann das Wachstum beeinflusst werden. Die Einnahmen sind die Löhne der Privatpersonen, welche wachsen, wenn die Wirtschaft wächst.

Die Binnerer Ausgaben wachsen stärker als die Einnahmen und auch wenn die Steuern erhöht werden, muss weiterhin an einem fitten Budget gearbeitet werden. Der Gemeinderat hat bezüglich Ausgaben Hausaufgaben und wird im Frühling etwas in den Rat bringen.

Philippe Spitz, SP, wäre froh, wenn der Gemeindepräsident zur Version Kompromiss vertieft darauf eingehen würde, wie sich die Gefahr der Illiquidität gestaltet und was passieren würde, wenn es soweit kommen würde.

Gemeindepräsident Mike Keller bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme des Budgets. Er hat für alle Voten Verständnis. Das Gesamt-Team hat sich in diesem Jahr intensiv mit dem Haushalt auseinandergesetzt. Der ER fällte die Beschlüsse, die Verwaltung hat mit dem GR zusammen straff budgetiert und vieles wurde auf ein Minimum heruntergefahren. Das Resultat sind 2,63 Millionen Einsparungen. Diese wurden einerseits mit Anpassungen im Service public, andererseits durch interne Massnahmen, durch Optimierungen und Streichungen erreicht. Mike Keller ist immer dafür, dass man ein wachsames und kritisches Auge auf den Haushalt hat. Auf der anderen Seite möchte er vor einer gewissen Euphorie warnen: Irgendwo wird eine Grenze kommen an welcher der Punkt erreicht wird, wo sich die Qualität der Gemeinde verändern wird. Die Qualität ist für die Bewohner/innen der Service public. Im Laufe des Jahres hat man gesehen, wo die Schmerzgrenze für einen Teil der Bevölkerung erreicht wird. Bei den angekündigten Sparvorschlägen vom Frühling spricht man von Leistungen, die erbracht werden. Diese Dienstleistungen werden sehr schnell geschmälert.

Der Gemeinderat hat versucht, mit dem Budget den Blick nach vorne zu richten. Er hat das Ziel, langfristig unter 50 Prozent zu bleiben. Daran muss hart gearbeitet werden und HÜP wird weiterhin ein Thema sein. Gewisse Schwankungen und das Hinausschieben der Steuererhöhung haben die Kasse schrumpfen lassen. Deshalb beantragt der GR 49 % Steuern und er hofft, sich damit zumindest für dieses Jahr ein wenig Luft zu verschaffen. Da die Schwankungen sehr schnell kommen, ist der GR der festen Meinung, dass es die 49 Prozent braucht.

Zum Votum von Philippe Spitz: Wenn die Gemeinde zu wenig Geld hat, um die Rechnungen zu bezahlen, muss sie glücklicherweise nicht Konkurs anmelden, sondern sie muss sich das Geld vorübergehend besorgen – sei es in Form eines Kontokorrents oder eines befristeten Darlehens. Mit den gemeindeeigenen Liegenschaften verfügt die Gemeinde über die Sicherheiten. Aufgenommenes Kapital ist teuer. Schon auf den 1.1.2015 muss sehr viel Geld aufgenommen werden, damit die Pensionskasse ausfinanziert werden kann. Dazu kommen weitere Investitionen, die getätigt werden müssen. Irgendwann kommt man an einen Punkt, an dem der Handlungsspielraum massiv eingeschränkt wird. Deswegen ist der Gemeinderat um jedes Bisschen Luft froh.

PG1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen

Urs Brunner, SVP, stellt den Antrag betreffend Wahlbüro, dass der Stundenlohn von CHF 50 nicht auf CHF 30 reduziert wird und dass auch bei der Verpflegung keine Streichungen vornimmt.

Rahel Bänziger: Das bedeutet, dass anstelle des beschlossenen Kostendachs von CHF 60 000 wieder 75 000 Franken ins Budget eingestellt werden.

Beatrice Büschlen: Die *Grüne/EVP* unterstützt diesen Antrag. Gemäss HÜP gibt es im Budget eine Plafonierung von CHF 60 000. Es sind aber Einsparungen von CHF 32 000 plus CHF 15 000 beim Porto budgetiert. Schon dies unterstützt die Fraktion nicht. Zur Verpflegung: Im 2015 werden zwei Wahlen durchgeführt. Die Stimmzählerinnen und das Wahlbüro sind dann am Sonntag mindestens acht Stunden am Arbeiten. Es kann nicht sein, dass dann die Rucksäcke mit der mitgebrachten Verpflegung kontrolliert werden. Im HÜP-Bericht wird erwähnt, dass es für die Kürzung von 50 auf 30 Franken für das Wahlbüro eine Reglementsänderung bräuchte, die der Einwohnerrat beschliessen müsste. Die Stundenlöhne für die Stimmzähler/innen beschliesst der GR in eigener Regie. Es würde allerdings etwas komisch aussehen, wenn Leute, die dieselbe Arbeit verrichten, 20 Franken weniger verdienen würden.

Gaida Löhr, SP: Die Fraktion unterstützt Urs Brunners Antrag, sie möchte aber noch auf den zweiten Teil dieser Einsparung hinweisen: Neu wird das Wahlbüro am Samstag nicht mehr geöffnet, andererseits wird das Porto für die brieflich Abstimmenden nicht mehr übernommen. Grundsätzlich wollte man einmal, dass möglichst viele Leute abstimmen. Nun werden sowohl diejenigen, die an die Urne kommen als auch die brieflich Abstimmenden gestraft. Das ist nicht gut und die Plafonierung ist in diesem Fall falsch.

Silvia Bräutigam: Die *CVP/GLP* unterstützt den Antrag der *SVP* und auch das Rückporto ist für sie keine Thema.

FDP: Markus Ziegler ist erstaunt, weil das Thema in vielen HÜP- und GRPK-Sitzungen diskutiert wurde und heute Abend Dinge wie Abklärungen über Reglemente auf den Tisch kommen. Tendenziell ist er eher ablehnend, doch findet er, dass es heute nicht der richtige Rahmen ist, das zu besprechen. Die FDP steht dem Thema – vorbehältlich allfälliger gewichtiger Argumente – ablehnend gegenüber.

Jürg Humbel, FDP: Wenn man will, dass die relativ schlechte Stimmbeteiligung sinkt, können die CHF 15 000 gestrichen werden. Diese Massnahme wäre Gift. Die offensichtlich an der Politik interessierten anwesenden Einwohner/innen würden das Porto bestimmt bezahlen. Doch viele andere könnten es sich anders überlegen und die Stimmunterlagen nicht zurückschicken.

Gemeindepräsident Mike Keller staunt, dass das Thema mit einer Dringlichen Motion vom Präsidenten des Wahlbüros angemeldet wurde. Der Präsident des Wahlbüros ist zugleich Mitglied der GRPK und sass am Tisch, als die HÜP-Massnahmen diskutiert wurden und auch, als das Budget besprochen wurde. Seitens GRPK wurde ein Kostendach festgelegt, der GR bat die GRPK und den ER mehrmals, konkrete Forderungen auszuformulieren. Dies wurde nicht getan. Es wurde lediglich gefordert, das Kostendach auf CHF 60 000 zu senken. Die Massnahmen sind alle einzeln mit der Wirkung im Budget aufgeführt. Die GRPK hat in ihrem Bericht keine Silbe darüber verloren. Heute Abend, wo das Budget behandelt wird, kommt das wieder auf den Tisch. Der Gemeindepräsident hat damit Mühe, weil er den Eindruck hat, dass diese Intervention gar nicht von den Einwohnerrät/innen kommt, sondern von Leuten, die es betrifft. Wenn bei jeder Sparmassnahme ein/e Betroffene/r den Finger hebt, kommt man nicht weiter. Zum Schluss hält Mike Keller fest, dass es im Rat etliche Personen gibt, die seiner Meinung nach befangen sind. Es macht ihm sehr Mühe, wenn Leute aus der Familie oder dem näheren Bekanntenkreis im Wahllokal sitzen und jetzt eine derartige Diskussion geführt wird. Er denkt, dass man es so stehen lassen und man zu gefällten Entscheidungen stehen muss. Man kommt nirgends hin, wenn man im Grossen sparen und bei den kleinen Sachen laufend korrigieren will.

Die Präsidentin weist darauf hin, dass es grundsätzlich auch das Recht von Betroffenen ist, sich an die Einwohnerrät/innen zu wenden, um ihre Anliegen in den Rat zu bringen. Man wurde dafür gewählt, die Anliegen der Bevölkerung entgegenzunehmen und sie im Rat zu vertreten. Das ist grundsätzlich das

Recht aller Binniger/innen. Rahel Bänziger macht beliebt, dass Vertreter/innen des Wahlbüros und solche, deren Angehörige im Wahlbüro mitarbeiten, bei dieser Abstimmung in den Ausstand treten.

Gaida Löhr, SP: Befangen sind wahrscheinlich alle, weil alle abstimmen und damit ein Couvert erhalten, das entweder frankiert ist oder nicht. Wenn Markus Ziegler postuliert, dass er nicht bereit ist, über einen Antrag zu diskutieren, der in der GRPK bereits diskutiert oder nicht diskutiert wurde, fragt sich Gaida Löhr, wie man plötzlich zu einer Steuerfussdiskussion von 48 % kommt, die in der GRPK massiv abgelehnt wurde. Es dünkt sie sehr viel wichtiger, dass heute quasi als Tischvorlage über einen Steuerfuss von 48 % diskutiert wird, als dass über den Lohn des Wahlbüros debattiert wird. Zum Schluss hält Gaida Löhr fest, dass die Aussage über die Zunahme der Steuereinnahmen eine Information der Verwaltung an die GRPK war. Es ist nicht die SP oder sie selber, die davon träumt, dass sie jedes Jahr ein wenig zunehmen.

Die Präsidentin möchte über den Antrag von Urs Brunner abstimmen, also dass die HÜP-Reduktion des Kostendachs von CHF 15 000 wieder ins Budget eingestellt wird.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Das Kostendach war eine HÜP-Massnahme, doch im Budget wurde mehr als das Kostendach gekürzt. Es wurden CHF 47 000 und nicht nur CHF 15 000 gekürzt.

Rahel Bänziger macht darauf aufmerksam, dass es um einige Posten geht und dann der GR innerhalb von WoV selber entscheiden kann, was drin bleiben soll und was nicht. Es wird ganz klar gefordert, dass der Stundenlohn und die Verpflegung beibehalten werden soll. Es gibt nur für diese beiden Posten einen Antrag.

Severin Brenneisen, SP, ist der Meinung, dass es wichtig ist, heute darüber abzustimmen, ob man ein Rückporto will oder nicht. Die Bürger/innen haben ein Recht zu wissen, was die Meinung des Einwohnerrats dazu ist.

Christoph Maier, FDP: Vor der Aufforderung zur Abstimmung möchte er zu allen Themen einen klar formulierten Antrag. Für ihn ist Urs Brunners Antrag kein Budgetantrag, da er schlussendlich reglementswirksam ist.

Dem widerspricht *die Präsidentin*, da ihrer Ansicht nach der Stundenlohn in einer Verordnung geregelt ist und in der Kompetenz des Gemeinderats liegt.

Pascal Treuthardt, FDP: Wenn der Ansatz von 50 auf 30 Franken gesenkt würde, hätte dies möglicherweise einen positiven Effekt, indem es einen Generationenwechsel gibt. Einige Leute wären wohl nicht mehr bereit, an einem Sonntag für weniger als 50 Franken zu arbeiten. Dafür würden neue Leute kommen, die auch mit 30 Franken zufrieden sind.

Philippe Spitz, SP, an Christoph Maier: Wenn man in der Lage ist, den Kulturfonds indirekt informell zu beerdigen, kann man auch aus Urs Brunners Antrag einen Budgetantrag machen. An die SVP-Fraktion: Der Redner wäre froh, wenn etwas früher überlegt würde, welche Konsequenzen die eigenen oder mitgetragenen Sparbeschlüsse haben. Der Rat gibt ein peinliches Bild ab. Philippe Spitz kann verstehen, dass man auf das Porto zurückkommt.

FDP, Markus Ziegler: Seines Wissens sind die Vergütungen der Wahlbüromitglieder in einem Reglement geregelt. Darüber kann man nicht abstimmen. Für eine Anpassung bräuchte es eine Reglementsänderung. Der Redner stört sich daran, dass an der Budgetdebatte Kommissionsarbeit geleistet werden muss. Die Posten Verpflegung, Porto etc. stellen kein Problem dar, doch bittet er um Klärung betreffend Vergütungen.

Urs Brunner, SVP, klärt den Rat darüber auf, dass die Vergütungen für die Mitglieder des Wahlbüros und der Stimmzähler/innen im Vergütungsreglement (April 2005) geregelt sind.

Damit ist die Sache für *die Präsidentin* obsolet. Auch der HÜP-Antrag GR 12 ist obsolet. Der Gemeinderat muss zuerst mit einer Reglementänderung in den Einwohnerrat kommen, um den Stundenansatz der Wahlbüromitglieder und der Stimmzählenden zu reduzieren. Bis dann bleibt der Lohn unverändert bei CHF 50 pro Stunde.

Nun geht es noch um die Verpflegung. *Rahel Bänziger* fragt, ob der Antrag aufrechterhalten wird oder ob der GR dies als Anregung aufnimmt und den Betrag innerhalb von WoV in der Produktgruppe Einwohnerdienste verschiebt.

Gemeindepräsident Mike Keller: Wenn der Einwohnerrat der Meinung ist, dass die Verpflegung bleiben soll, soll er dies bitte beschliessen. Danach gibt es für die beiden genannten Punkte eine entsprechende Korrektur im Budget.

Vor der Abstimmung bittet *die Präsidentin* die Betroffene in den Ausstand zu treten.

ABSTIMMUNG Antrag U. Brunner: Die Verpflegungskosten für das Wahlbüro sind wieder im Budget einzustellen

Abgelehnt mit 15 Nein zu 11 Ja bei 3 Enthaltungen

Philippe Spitz, SP: Die Frage des Ausstandes muss jeder Parlamentarier mit sich selbst vereinbaren, da es keine formellen Ausstandsregeln gibt. Bei der Frage des Portos sind alle betroffen und deshalb dürfen alle abstimmen.

ABSTIMMUNG Antrag SP: Kosten für Rückporto von Abstimmungsunterlagen sind wieder im Budget einzustellen

Ja: 23 / Nein: 12 / Enthaltungen: 0

PG3 Gesundheit

Simone Abt, SP: Der vorliegende Antrag betrifft die familienexterne Kinderbetreuung. Die ganze Sache sollte kostenneutral sein, was sie nun auch ist. Die Gemeindebeiträge haben sich um 0,4 Millionen verringert. Nachdem die Leistungen nicht billiger wurden, muss die Frage gestellt werden, wer sie bezahlt. Obwohl die SP in der GRPK mit diesem Anliegen unterlegen ist, stellt sie heute den Antrag. Es haben sich Betroffene gemeldet. Die Gemeinde will auf dem Rücken der Eltern Geld sparen. Es sind dies Tagi-Vollzahler, also der gehobene, teilweise auch der mittlere Mittelstand. Vielleicht ist nicht allen bewusst, dass manche Mutter nicht arbeiten geht, weil die Tagesbetreuungskosten zu hoch sind. Das möchte Simone Abt vermeiden. Sie stellt im Namen der SP den Antrag, dass die Einsparung bei der Subjektfinanzierung nicht vollumfänglich zugunsten der Gemeinde, sondern grösstenteils zugunsten der Eltern eingesetzt wird. Konkret heisst das, dass von den 0,4 Millionen 0,3 Millionen im Sinn einer höheren Obergrenze wieder zurück an die Eltern gehen.

Rahel Bänziger macht Simone Abt darauf aufmerksam, dass die Subventionslimite in einem Reglement festgesetzt ist, dass also das Reglement geändert werden müsste. Simone Abt möchte trotzdem über den Antrag abstimmen lassen.

ABSTIMMUNG Antrag SP: Einstellen von CHF 0,3 Mio. zugunsten Erhöhung der Subventionslimite bei der familienexternen Kinderbetreuung

Gemeinderat Philippe Meerwein: Die Einsparungen von 0,4 Millionen kamen zustande, weil das System von der Objekt- zur Subjektfinanzierung gewechselt hat. Das Reglement wurde vom Einwohnerrat verabschiedet. Die Eltern mussten nicht mehr bezahlen, sondern es war ein Systemwechsel.

SP: Gaida Löhr berichtet, dass das Tagi zusammen mit anderen Institutionen den Bericht verschickt hat, in dem deutlich steht, dass die Elternbeiträge für alle Eltern, die nicht Vollzahler sind, also unter CHF 100 000 verdienen, ziemlich massiv raufgehen.

Gemeindepräsident Mike Keller: Die Tagespresse hat sich kürzlich mit dem Thema in Binningen beschäftigt. Dieser Artikel deckt sich mit den Erkenntnissen des GR, dass momentan das Binninger Angebot grösser ist als die Nachfrage. Es gibt auch Gesuche von neuen Institutionen, die sich in der Gemeinde niederlassen wollen. Es ist klar, dass die ursprüngliche Institution, welche von der Gemeinde direkt unterstützt wurde, mit der früheren Finanzierung mehr Geld erhielt als mit der heutigen Subjektfinanzierung. Dass dies für die betroffene Institution schwierig ist, kann der GR nachvollziehen. Die Zahl, die im Budget steht, resultiert aus keiner einzigen Veränderung, sondern ist lediglich die Erfahrung, die aus einem laufenden Jahr hervorgeht. Man erkannte, dass nicht so viel Geld gebraucht wird, wie eingestellt war. Es ist ein Budgetwert. Sollte sich der GR komplett täuschen und die 400 000 Franken werden gebraucht, dann ärgern sich alle, das ist klar. Hinter dieser Budgetzahl steht das Reglement, das verabschiedet wurde.

Rahel Bänziger versteht das Anliegen, welches am ehesten erreicht würde, wenn eine Reglementsänderung beantragt würde. Die Einsparungen kommen auch daher, dass es im Rat einen Antrag gab, die Subventionslimite von CHF 117 000 auf CHF 100 000 zu senken. Das ist die Begründung, warum jetzt die Elternbeiträge höher sind, nicht die Einsparung von 400 000 Franken, die den Grund von der Objekt- zur Subjektfinanzierung haben.

Simone Abt, SP: Das trifft den Kern der Sache eher. Was der Gemeindepräsident ausgeführt hat ist nicht das, was sie sagen wollte. Es ist nicht so, dass das Angebot zu klein oder schlecht wäre, sondern dass man das Angebot unter Umständen nicht bezahlen kann. Deshalb sollte es billiger werden und wahrscheinlich führt in diesem Fall der Weg tatsächlich über eine Reglementänderung.

Die SP zieht den Antrag zurück.

ABSTIMMUNG Antrag GRPK

2.3.2 Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote

Die GRPK beantragt, das Leistungsziel 1) durch Gemeinderat und die Verwaltung bis zur Vorlage des Budgets 2016 zu überarbeiten. Das Ziel sollte sein, den betagten Einwohnerinnen und Einwohnern durch entsprechende Unterstützung (z.B. Spitex) möglichst lange eine selbständige Wohnsituation zu erhalten und damit den kostenintensiven Aufenthalt in einer stationären Organisation aufzuschieben.

Bisherige Formulierung von Ziel 1: Die Wirtschaftlichkeit der Spitex wird optimiert, indem der Anteil der verrechneten Stunden im Verhältnis zu den nicht verrechenbaren gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozentpunkte gesteigert wird.

Grossmehrheitlich angenommen

ABSTIMMUNG Antrag GRPK

2.3.4 Stationäre Angebote

Die GRPK beantragt ein separates Ziel für den vermieteten Bereich:

- a) 96 % der „allgemeinen“ Abteilung sind ausgelastet.
- b) die 24 Plätze der gerontopsychiatrischen Abteilung werden mindestens vollkostendeckend vermietet, sie stehen bei Bedarf dem APH wieder zur Verfügung.

Grossmehrheitlich angenommen

PG4 Kultur, Freizeit und Sport

ABSTIMMUNG Antrag GRPK

2.4.1 Steuerbare Ziele, Abs. 3: Die Gemeinde Binningen leistet einen Beitrag von ~~mindestens~~ CHF 0,1 Mio. an kulturelle Institutionen der Basel Stadt (Zentrumsleistungen).

Grossmehrheitlich angenommen

Simone Abt: Die SP möchte den Beitrag für die Jugendarbeit von CHF 26 000 auf CHF 52 000 verdoppeln. Begründung: Bei der Jugend wurde im letzten Jahr gespart. Nach Ansicht der Partei etwas zu viel. Einerseits wurden die Öffnungszeiten gekürzt andererseits fällt die mobile Jugendarbeit weg, weil der Jugendarbeiter angeblich die Jugendlichen nicht mehr findet. Ausserdem soll das Kinder- und Jugendkonzept noch erarbeitet werden. Die 26 000 Franken erscheinen der SP für das ganze Paket etwas wenig.

Da die SP nicht auf Anhieb sagen kann, wo das Geld genau eingestellt werden soll, stellt *Christoph Mayer, FDP*, einen Ordnungsantrag und bittet um eine kurze Pause, damit die SP ihren Antrag ordnungsgemäss formulieren kann.

ABSTIMMUNG Antrag SP: Produktbudget Freizeit und Sport, Sachaufwand bisher CHF 888 450 um CHF 26 000 erhöhen auf CHF 914 450

Knapp mehrheitlich abgelehnt

PG6 Öffentliche Sicherheit

Philippe Spitz, SP: Auf S. 14 steht: „Für die Feuerwehr soll ein Tanklöschfahrzeug für CHF 0,68 Mio. angeschafft werden (wird von der Gebäudeversicherung zu rund 25 % subventioniert).“ Im hinteren Teil des Budgets steht nichts darüber. Zu diesem Umstand hätte der Redner gerne eine Erklärung.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger: Es geht um das Investitionsbudget und zu dieser Anschaffung gibt es eine separate Vorlage.

Auf Ph. Spitz' Frage, ob folglich dieses nicht budgetierte Geld im nächsten Jahr auch noch auf die Gemeinde zukommt, antwortet der Gemeinderat: Ein Investitionsantrag ist in diesem speziellen Fall auf zwei Jahre verteilt. Bevor der Antrag gestellt werden kann, muss man noch wissen, wie hoch die Subvention des Kantons ist (20–25 %). Es kommt nicht im Laufe des nächsten Jahres, weil es zurückgestellt wurde.

PG10 Hochbau, Ortsplanung

SP: Der Gebäudeunterhalt ist *Gaida Löhr* schon lange jedes Jahr ein Anliegen. Jeder Private weiss, dass man grundsätzlich 1 Prozent des Wertes einstellt, um ein Gebäude zu unterhalten. Wenn das nicht gemacht wird, nimmt irgendwann der Wert des Gebäudes ab oder die Mieten müssen gesenkt werden. In Binningen leistet man sich inzwischen leerstehende Häuser, die aufgrund des katastrophalen Zustandes nicht mehr vermietet werden können. Das ist keine gute Sparmassnahme. Grundsätzlich braucht Binningen seine Liegenschaften für günstigere Mieten. Wenn man diese nicht hat, müssen je nachdem Mietzinszuschüsse bezahlt werden. Die SP stellt den Antrag, im Budget unter dem Leistungszentrum 3, Gebäudeunterhalt, anstatt CHF 0,54 Mio. neu CHF 0,61 Mio. einzustellen.

FDP, Markus Ziegler: In Binningen bestimmen sich die Unterhaltskosten für Gebäude nicht nur über die festgelegten Prozente. Darüber hinaus gibt es Investitionen, wenn zu grösseren Beträgen gegriffen werden muss. Der Antrag ist wie in den Vorjahren abzulehnen.

ABSTIMMUNG Antrag SP: LZ3 Gebäudeunterhalt neu 1,0 % = Budget neu CHF 0,61 Mio.

Mehrheitlich abgelehnt

GR-Anträge an den Einwohnerrat

ABSTIMMUNG Antrag 3.1.: Leistungsanträge
Grossmehrheitlich genehmigt

ABSTIMMUNG Antrag 3.2.: Globalbudgets
Grossmehrheitlich genehmigt

ABSTIMMUNG Antrag 3.3.: Positionen ausserhalb des Globalbudgets
Grossmehrheitlich genehmigt

Jürg Humbel: Da immer unklar ist, was mit Enthaltungen passiert, hat sich der *Stimmzähler* beim Rechtsdienst der Gemeinde schlau gemacht:
Enthaltungen zählen nicht. Man kann sich nicht enthalten, um das Quorum für die 2/3-Mehrheit hochzuschrauben. Es braucht also 2/3 der Ja- oder Nein-Stimmen.
2. Es kann eine einzige Person eine schriftliche Abstimmung verlangen. Für deren Durchführung braucht es allerdings das Ja eines Viertels der anwesenden Räte.

ABSTIMMUNG Antrag 3.4. Steuerfuss 48 % vs. 49 %
23 zu 13

ABSTIMMUNG Antrag 3.4. Steuerfuss 48 %
Ja. 32 / Nein 3 / Enthaltung: 1 (zählt nicht)

ABSTIMMUNG Antrag 3.4. 2 % Ertragssteuersatz
Grossmehrheitlich angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 3.4. 1.75 ‰ Kapitalsteuersatz
Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 3.5. Feuerwehr-Ersatzabgabe 3 ‰
Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 3.6. Budget der Erfolgsrechnung 2015
Grossmehrheitlich angenommen (2/3-Mehrheit erreicht)

3.7. Kenntnisnahme Investitionsbudget

ABSTIMMUNG Antrag 3.8. Stellenetat 2015
Grossmehrheitlich

Vom Finanzplan 2016–2019 wird Kenntnis genommen.

BESCHLUSS

://: PG1 Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen:
Für die Verpflegung des Wahlbüros sowie das Rückporto für briefliches Abstimmen werden CHF 23 000 im Budget eingestellt.
Der Gemeinderat klärt ab, ob die Reduktion des Stundenansatzes in der Kompetenz des Einwohnerrats (Reglement) liegt.

2.1. Folgende Leistungsaufträge werden angepasst:

PG3 Gesundheit / Stationäre Angebote:

- c) 96 % der „allgemeinen“ Abteilung sind ausgelastet.
- d) Die 24 Plätze der gerontopsychiatrischen Abteilung werden mindestens vollkostendeckend vermietet, sie stehen bei Bedarf dem APH wieder zur Verfügung.

Ambulante Gesundheits- und Betagtenangebote:

Das Leistungsziel 1) wird durch Gemeinderat und die Verwaltung bis zur Vorlage des Budgets Die Gemeinde Binningen leistet einen Beitrag von ~~mindestens~~ CHF 0,1 Mio. an kulturelle Institutionen der Basel Stadt (Zentrumsleistungen).

2.2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 40 944 877 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 222 047
Steuern	CHF	883 918
Gesundheit	CHF	5 490 621
Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 690 261
Bildung	CHF	15 821 264
Öffentliche Sicherheit	CHF	1 114 223
Soziale Dienste	CHF	7 524 462
Verkehr, Strassen	CHF	2 685 691
Versorgung	CHF	967 671
Raumplanung, Umwelt	CHF	544 720

2.3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 38 391 561 werden genehmigt.

2.4. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:

- 48 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
- 2 % Ertragssteuersatz
- 1.75 ‰ Kapitalsteuersatz

2.5. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.

2.6. Das Budget der Erfolgsrechnung 2015 mit Aufwendungen von CHF 75 848 568, Erträgen von CHF 75 369 622 und einem Aufwandüberschuss von CHF 478 946 wird genehmigt.

2.7. Das Investitionsbudget 2015 mit Ausgaben von CHF 8 709 000, Einnahmen von CHF 330 000 und Nettoinvestitionen von CHF 8 379 000 wird zur Kenntnis genommen.

2.8. Der Stellenetat für 2015 wird mit 11 309 Stellenprozent genehmigt.

Vom Finanzplan 2016–2019 wird Kenntnis genommen.

Mietzinsreglement: Anpassung der Einkommenshöchstgrenze

Wurde zurückgezogen.

**Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 240 000 für den Neubau zweier Regen-
auslassbauwerke in der Tiefengrabenstrasse**

EINTRETEN

Thomas Hafner: Die CVP/GLP bedankt sich für den Bericht und nimmt zur Kenntnis, dass die meisten Regenentlastungen im Abwassernetz Binningen nicht so aufwändig umgebaut werden und in der Tiefengrabenstrasse eine Sonderlösung nötig ist. Wenn diese Lösung notwendig ist, stimmt ihr die Fraktion zu, auch wenn sie etwas teuer scheint. Der Redner bittet um Auskunft, ob es eine günstigere, bessere Alternative gäbe.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Mit einer Seite Information über technischen Arbeiten in einem nicht alltäglichen Bereich, in welchem die meisten die Fachbegriffe nicht kennen, soll der Rat über eine Viertelmillion Franken entscheiden. In der Vorlage werden die Argumente teilweise nur angedeutet oder partiell beantwortet. Der Fraktion drängen sich folgende Fragen auf:

- Wurden oberhalb der Tiefengrabenstrasse bereits Regenentlastungen aus- und umgebaut oder sind solche nötig?
 - Bei der Anordnung der Bauwerke hätte man gerne für beide Varianten die Vor- und Nachteile erfahren.
 - Haben andere Werke Renovations- oder Sanierungsbedarf angemeldet und wenn ja welche? Wann wird die Strasse für diese wieder aufgerissen?
 - Kann der Gemeinderat erklären, inwiefern die stabilen Wetterverhältnisse die Kosten der Wasserhaltung beeinflussen? Es kann auch im Sommer zu starken Regenfällen kommen.
 - Im Budget wurden keine Investitionen über CHF 240 000 gefunden. Bei den Spezialfinanzierungen (Kto. 7201 Abwasserbeseitigung) sind nur CHF 130 000 aufgeführt.
 - Bei den steuerbaren Zielen bis 2016 sind in diesem Gebiet betreffend Regenauslässe Anpassungen erforderlich. Dies im Neubadrain/Höhenweg, Neubadrain/Hasenrainstrasse und Neubadrain/Bündtenmatt, also von der Tiefengrabenstrasse abwärts. Können diese Anpassungen koordiniert werden? Nacheinander, miteinander?
 - Erstaunt haben auch die Honorare von 36 000 Franken, da die Gemeinde Binningen über eine Fachperson mit FSA-Ausweis verfügt. Für wen sind diese Honorare?
- Es bleiben eine Menge Fragen, die Grüne/EVP beantragt deshalb eine Überweisung in die BPK.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Dieses Projekt läuft über die Spezialfinanzierung, belastet also das ordentliche Budget nicht. Es wurde sehr sorgfältig ausgearbeitet und man wollte dem Einwohnerrat möglichst viel Information in einem überschaubaren Rahmen mitgeben.

Die Situation am Tiefengrabenweg ist etwas herausfordernd. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass die vorgeschlagene die bestmögliche Lösung ist und damit die Umsetzung des generellen Entwässerungsplans weiter vorankommt.

Zu den Fragen der Grüne/EVP: Der Tiefengraben ist ein laufender Teil des GEP. Die Varianten Überlaufkante und Sprungwehr wurden untersucht und man hat sich für letzteres entschieden. Es zeigte sich, dass es strategisch günstiger ist, wenn die beiden Sprungwehren nicht zu nahe aneinander geführt werden.

Betreffend Aufreissen der Strasse: Hier geht es nicht darum, eine Leitung in der Strasse zu ersetzen, sondern dass man die beiden Sprungwehren punktuell realisiert. Insofern gibt es auch keine Synergien mit weiteren Bauarbeiten.

Wetterverhältnisse/Wasserhaltungskosten: Während der Bauzeit soll verhindert werden, dass das Bauwerk Schaden nimmt. Deshalb wird die Realisierung zeitlich so gelegt, dass man möglichst glimpflich davonkommt.

Zum Budget 2015: Wie erwähnt läuft das Projekt über die Spezialfinanzierung. Ein Teil war fürs 2014 geplant, doch nun wird alles im 2015 abgewickelt – vorausgesetzt, der Einwohnerrat stimmt dem Begehren zu.

Da die Situation am Tiefengrabenweg anspruchsvoll ist, gibt es diverse Berechnungen und statische Fragen, für die Experten herbeigezogen werden müssen. Der Gemeinderat kann hinter diesen erheblichen Kosten für die Projektierungsarbeit stehen.

Roger Moll, Parteilose: Wohin fliesst das Sauberwasser? Wurde die Berechnung für das Fäkalienwasser mit der Höchstwassermenge gemacht, sodass der berechnete Absatz genügend ist? Eine Überweisung in die BPK findet der Redner nicht nötig.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Zum Schmutzwasserstoss: Wenn es lange Zeit nicht geregnet hat, ist der Asphalt entsprechend verschmutzt. Wenn es dann regnet geht es darum, dass der erste Stoss nicht zum Sauberwasser gelangt, sondern in die ARA geleitet wird. Mit der gewählten Methode ist dies sehr gut gewährleistet. Insbesondere mit den Blechen hat man gute Möglichkeiten, Anpassungen vorzunehmen, falls dies erforderlich sein sollte.

ABSTIMMUNG Antrag Grüne/EVP: Überweisung in die BPK
Grossmehrheitlich abgelehnt

ABSTIMMUNG Antrag Gemeinderat
Grossmehrheitlich angenommen

BESCHLUSS

://: Für den Neubau der Regenentlastungsbauwerke RA324 und RA321 in der Tiefengrabenstrasse wird zu Lasten Konto 1.7201.5030.11/90100 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 240 000 (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) bewilligt.

Traktandum 8

Nr. 129

Motion Ch. Anliker, SVP: Aufnahme von neuem Anhang in das Budget und die Rechnung der Gemeinde Binningen

Der Gemeinderat beantragt eine Abschreibung der Motion, doch diese ist noch nicht überwiesen.

Der Rat befürwortet eine Überweisung.

ABSTIMMUNG Antrag Gemeinderat
Grossmehrheitlich angenommen

BESCHLUSS

://: Die Motion ist als erledigt abzuschreiben.

Diversa

Gemeindepräsident Mike Keller bedankt sich bei den Einwohnerrät/innen für das Engagement, die sehr angeregten Voten und das entgegengebrachte Vertrauen in diesem Jahr. Er freut sich auf das nächste Jahr mit ebenso spannenden Themen und wünscht allen geruhsame Festtage und alles Gute.

Präsidentin Rahel Bänziger schliesst sich diesem Dank an. Sie bedankt sich insbesondere für die konstruktive Mitarbeit in dieser Budgetsitzung beim Rat und dem Gemeinderat, den involvierten Vertreter/innen der Verwaltung für die Unterstützung und dem Publikum fürs Ausharren. Sie wiederholt die Einladung zum Apéro und wünscht allen eine schöne Adventszeit und erholsame Festtage.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 26. Januar 2014, 19.30 Uhr.